

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

Vorbemerkung: Als Kreisverband Münster liegt der Schwerpunkt unsere politischen Arbeit auf den kommunalen Themen, die wir als Mitglied im Rat der Stadt Münster mitentscheiden können. Der direkte Einfluss auf viele der angesprochenen Themen ist für uns als Kreisverband begrenzt, da die Hoheit dafür beim Land oder dem Bund liegt. Trotzdem haben wir eine Meinung und deswegen versucht, auf all Ihre Fragen eine Antwort zu geben, damit Sie unsere Haltung zu diesen Themen kennen. Wir bitten aber um Nachsicht, dass unsere Antworten aus vorgenannten Gründen sehr allgemein gehalten sind.

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

„Grundsätzlich befürworten wir ein Wirtschaftssystem, das auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Personen und Berufe, die dem Gemeinwohl besonders dienen, sollen entsprechend hohe Wertschätzung erfahren und auch so bezahlt werden. Hier sehen wir ein großes Mißverhältnis in unserem Wirtschaftssystem.

Wir werden uns im Rahmen der Möglichkeiten dafür einsetzen, dass entsprechende Unternehmen/Einrichtungen in kommunaler Hand sind oder von nicht gewinnorientierten Organisationen getragen werden, damit diese wichtigen Tätigkeiten ihrem eigentlichen Zweck und nicht der Gewinnerzielung verpflichtet bleiben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei entsprechenden Gehalts-/Tarifverhandlungen, die Lohnentwicklung und die Arbeitsbedingungen der Bedeutung dieser Berufe gerecht werden.

Die ÖDP hat die verhältnismäßig geringe Wertschätzung für „echte Arbeit“ und die Bedeutung der Sozialen Arbeit seit Jahren auf der Agenda, was auch den Programmen auf Bundes- und Landesebene entnommen werden kann. Der ÖDP-Slogan „Mensch vor Profit“ steht dafür sinnbildlich. Und Mensch vor Profit gilt im Falle der Sozialen Arbeit sowohl für die Dienstleister, als auch für deren Klienten.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

„Im Wesentlichen finden Sie die Antworten auf diese Fragen bereits unter der Antwort zu 1. Die rechtlichen/tariflichen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, damit sich mehr Menschen für soziale Berufe entscheiden, oder vielmehr nicht davon abgehalten werden, weil die Rahmenbedingungen nicht passen.

Eine qualifizierte Ausbildung mit entsprechenden Standards für Sozialarbeit muss dabei erhalten bleiben und darf dem Druck durch den Fachkräftemangel nicht zum Opfer fallen. Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte.

Die Ausbildung, das Studium oder die Umschulung muss im Vergleich zu anderen Berufsgruppen deutlich aufgewertet werden. Auch in diesen Fragen gilt nach unserer Einschätzung die Ausrichtung nach dem Gemeinwohl-Beitrag.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Siehe 1. und 2. Wir sind unbedingt dafür, dass entsprechende Arbeit und Einsatz bezahlt wird, zumal Praktikanten der Sozialen Arbeit regelmäßig als Arbeitskraft eingeplant werden und zum Teil Vollzeitkräfte ersetzen.“

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Münster mit gutem Beispiel vorangeht und im Rahmen der (rechtlichen) Möglichkeiten, Praktika angemessen entlohnt.“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Rassismus ist für uns nicht tolerierbar und wo es ihn offenkundig gibt, muss sofort gehandelt werden. Nach unserer Einschätzung lässt das Grundgesetz keinen Spielraum für Rassismus und Diskriminierung in irgendeiner Form. (Auch wenn die Formulierungen im Grundgesetz angepasst werden müssten.)

Uns ist aber bewusst, dass unser Alltag voll von Rassismus und Diskriminierung ist, dieses aber nicht gesehen, nicht wahrgenommen und in vielen Fällen sogar runter gespielt oder bewusst nicht geahndet wird.

Aus unsere Sicht, sind auf kommunaler Ebene vor allem 2 Dinge wichtig:

- Von den kommunalpolitischen Organen, in erster Linie vom Oberbürgermeister und dem Rat der Stadt, ist regelmäßig, ohne dass es besondere Anlässe benötigt, darauf hinzuweisen, dass man Rassismus und Diskriminierung nicht akzeptiert.
- Die Ordnungs- und Verwaltungsbehörden sind angehalten entsprechende Beratungsstellen vorzuhalten und Vorwürfen konsequent nachzugehen und Konsequenzen zu ziehen.

Auch die Ausstattung vieler Behörden, die für Anliegen der Bürgerschaft und insbesondere von „schwächeren“ Mitbürgern zuständig sind, wollen wir stärken. Auch hier gilt unser Grundsatz „Mensch vor Profit“.“

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„Gemeinschaftsunterkünfte dürfen aus unserer Sicht nur eine vorübergehende Lösung, maximal für ein halbes Jahr sein.

Es liegt nicht in der Hand der Kommune über die Asylanträge zu bestimmen. Die ÖDP Münster hat sich aber unter anderem dafür eingesetzt, dass Münster sich der Erklärung „Sicherer Hafen“ anschließt und unter anderem Druck auf Land und Bund macht, solidarischer zu handeln und mehr Flüchtlinge aus den elenden Bedingungen zu befreien.

Die geflüchteten brauchen eine schnelle Perspektive und Sicherheit, um ihnen Angst zu nehmen und Integration überhaupt ermöglicht wird.

Die Kommune muss all ihre Möglichkeiten nutzen um den Menschen dezentral Wohnraum zur Verfügung zu stellen und die Integration mit Fachleuten und Bürgern begleiten. Insbesondere Kinder benötigen schnell verlässliche Strukturen. Den geflüchteten In Münster gibt es eine große zivile Bereitschaft und auch die Mittel, Menschen in Not zu helfen.“

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Wie bei den Fragen zu Rassismus und Diskriminierung braucht es aus unserer Sicht vor allem eine klare Beschreibung und Ächtung von Gewalt, damit Allen klar ist, wann Grenzen überschritten sind, dass keine Verharmlosungen geduldet sind. Hier kommt der Kommune und ihren Organen aus unserer Sicht ganz entscheidende Bedeutung zu.

Darüber hinaus müssen die Anlaufstellen für Betroffene, insbesondere die Frauenhäuser, klar und in jeder Hinsicht gut ausgestattet sein, damit Betroffenen schnell geholfen werden kann. Dafür setzen wir uns ein. Die Strafverfolgung liegt bei der Staatsanwaltschaft.“

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Die Gefahren unserer digitalen und technisierten Welt, insbesondere für Kinder, werden aus unserer Sicht unterschätzt und es bedarf messbarer Regeln und Grenzen, damit Kinder, Eltern und Lehrer mit diesen Entscheidungen nicht alleine gelassen werden.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Kinder zuerst die analoge Welt kennenlernen und erfahren sollen, bevor sie behutsam an die digitale Welt herangeführt werden. Viele Erwachsene haben Schwierigkeiten mit den vielen Möglichkeiten und Eindrücken verantwortungsvoll und angemessen umzugehen. Wie sollen das unsere Kinder schaffen.

Aus unserer Sicht muss der Zugang zu nicht kindgerechten Inhalten in Internet und Fernsehen (Werbung) standardmäßig beschränkt sein und der weitere Zugang muss aktiv freigeschaltet werden. Hier leben wir in einer falschen und schädlichen Liberalität. Darauf aufbauend muss es ein vielfältiges schulisches und außerschulisches Angebot zur Entwicklung von Medienkompetenz erarbeitet werden, um Kinder, Jugendliche und Familien auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten Leben zu stärken und zu unterstützen.

Darüber hinaus müssen Straftaten gegenüber Kindern, die über das Internet geteilt und vermutlich auch begünstigt werden, viel stärker bekämpft und bestenfalls unmöglich gemacht werden.

Auch hier beschränkt sich die kommunale Einflussmöglichkeit unseres Erachtens vor allem auf die Förderung der Zivilcourage. Es gilt im Grunde Ähnliches wie zu 4. und 6. damit die Bevölkerung aufmerksam und couragiert bei Missbrauch ist. Im Hinblick auf die digitalen Medien ist der Schutz von Kindern aus unserer Sicht höher anzusiedeln als der Datenschutz. Wir gehen davon aus, dass technische Möglichkeiten bestehen, Missbrauchsfälle besser und eher zu entdecken, wenn Verfolgungsbehörden weitreichendere Vollmachten haben. Vermutlich ist es auch möglich, dass mit Hilfe der IT, verbrecherische Inhalte ermittelt werden können, ohne dass Datenschutz faktisch verletzt wird.

Es muss sich hier dringend etwas tun. Und auch hier gilt: Menschen (Kinder) müssen immer vorrangig geschützt werden, auch wenn wirtschaftliche Interessen dem entgegen stehen.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„Hier ist aus unsere Sicht eine Überarbeitung des Krankenversicherungs-System erforderlich. Es sollte dabei einen echten Risikoausgleich zwischen allen Erwerbstätigen, ohne Beitragsbemessungsgrenzen geben. Der Zugang und die Leistungen der Krankenversicherung sollten für alle gleich sein.

Der Zugang zu digitalen Leistungen und Auskünften ist eine Frage, die auch andere Lebensbereiche betrifft und es sollte jeder Zugangsmöglichkeiten haben. Alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung müssen aber auch auf nicht digitalen Wegen verfügbar sein.“

9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Die Partizipation muss sichergestellt werden und wir sind davon überzeugt, dass Partizipation wesentlichen Einfluss auf den Gesundungsprozess hat. Wir sehen als Kreisverband keine nennenswerten Möglichkeiten darauf Einfluss zu nehmen und halten hier eine Überarbeitung des Gesundheitssystems für erforderlich.“

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„An allen Münsteraner Schulen arbeiten Sozialarbeiter*innen. In der Stadt ist die Bedeutung offensichtlich erkannt und man nutzt die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung über 2021 hinaus von Land- und Bund übernommen, bzw. unterstützt wird.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die personelle Ausstattung allenfalls die absoluten Grundbedarfe abdeckt. Perspektivisch ist daher eine Ausweitung des Angebotes dringend erforderlich.“

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„Da die Sozialarbeit einen anderen Aufgabenschwerpunkt als das Lehramt hat, scheint aus unserer Sicht weiterhin die Anbindung an die Jugendhilfe sinnvoll. Die Sozialarbeit soll sich auf die Bedürfnisse der Kinder konzentrieren und soll möglichst frei von schulorganisatorischen Belangen sein. Um gute Ergebnisse zu erzielen ist die gleichberechtigte Einbindung der Sozialarbeiter in den Schulbetrieb erforderlich, um deren Ansätze mit den übrigen Angeboten (Schulpsychologie etc.) ausreichend zu verzahnen.“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Die Anzahl der Wohnungslosen hat in Münster in den letzten Jahren zugenommen. Wenn man an dieser Tendenz etwas ändern will, dann geht das aus unserer Sicht nur mit einer Stärkung der Wohnungslosenhilfe, weil die Betroffenen eine enge Begleitung und Unterstützung benötigen.

Insgesamt müssen die Behörden den Zugang erleichtern und Hilfen so unbürokratisch wie möglich gestalten. Die Zusammenarbeit der Behörden mit den Wohnungshilfeeinrichtungen muss weiterentwickelt werden zu einem gemeinschaftlichen, wohlwollenden Miteinander.

Zusätzlich steht die Stadt Münster in der Pflicht mehr Sozialwohnungen zu schaffen und der Mietpreissteigerung entgegen zu wirken.“